

presse

BAföG-Erhöhen wirken – starke soziale Benachteiligung bleibt

Zur heute vorgestellten 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks erklären der zuständige Berichterstatter Swen Schulz und der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Die SPD begrüßt ausdrücklich, dass die finanzielle Lage vieler Studierender sich verbessert hat. Das zeigt, dass die von der SPD durchgesetzte BAföG-Erhöhung 2008 wirkt und die öffentliche Studienförderung leistungsfähig ist und bleibt. Erfolgsmeldungen über eine sinkende soziale Benachteiligung beim Studienzugang sind aber Augenwischerei. Diese Benachteiligung mit dem vorgeschlagenen Stipendiengesetz aber sogar verringern zu wollen, ist angesichts empirischer Studien blanker bildungspolitischer Nonsense. Zudem ist die stagnierende Zahl der BAföG-Geförderten ein Alarmzeichen und stellt die Frage, ob wir derzeit bei steigenden Studierendenzahlen alle Förderbedürftigen auch erreichen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher eine moderne Studienfinanzierung, die die tatsächlich Bedürftigen auch erreicht und auf Klientelgeschenke an die Unbedürftigen verzichtet. Deshalb müssen die Freibeträge beim BAföG um zehn Prozent angehoben und das schwarz-gelbe Stipendiengesetz gestoppt werden. Das ist nicht nur eine Frage von Mittel und Zweck, sondern eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Der Studienzugang ist und bleibt sozial ungerecht. Der Anteil von Studierenden aus bildungsfernen Schichten stagniert bei 24 Prozent gegenüber 23 Prozent in der letzten Erhebung. Weiterhin nehmen damit rund dreimal häufiger junge Menschen aus höheren sozialen Herkunftsfamilien ein Hochschulstudium auf, als aus niedrigen.

Das geplante Stipendiengesetz von Ministerin Schavan wird diese ungerechte soziale Ungleichheit im Studienzugang noch verfestigen. Zuletzt hat die HIS-Studie gezeigt, dass rund 70 Prozent der Stipendiaten aus hohen und gehobenen Herkunftsgruppen kommen und nur zehn Prozent aus der niedrigen.

Mit dem vorgeschlagenen Stipendienmodell lässt sich soziale Gerechtigkeit nicht verbessern, eher im Gegenteil.

Dabei sollte nicht übersehen werden, dass auch Studienberechtigte aus bildungsnahen Schichten offenbar seltener ein Studium direkt anschließen, nämlich nur noch 71 Prozent nach 83 Prozent vor drei Jahren. Allein 2007 drängten 25 Prozent mehr junge Menschen mit einer Hochschulzugangsberechtigung auf den dualen Ausbildungsmarkt. Gründe können nur die nach wie vor unsichere Finanzierungsperspektive und damit auch Studiengebühren sein. Hier muss gehandelt werden. Denn dieser Zustrom führt auf dem Ausbildungsmarkt wiederum zu neuen Problemen, wie neue Konkurrenzen und die Verdrängung von Real- und dann Hauptschülern in einer Art Dominoeffekt.

Mit etwas Sorge sehen wir zudem die Zunahme des studienbegleitenden Jobbens und Arbeitens der Studierenden. Dadurch steigen die Belastungen der Studierenden insbesondere aus bildungsfernen oder einkommensschwachen Herkunftsgruppen, da sie weitaus seltener auf ihre Eltern oder Vermögen zurückgreifen können. Wie die Studierenden das mit den zeit- und arbeitsintensiveren Bachelor-Studiengängen unter einen Hut bringen und dabei auch noch gute Leistungen zeigen sollen, bleibt zu oft offen. Hier treffen auch die sozial ungerechten und bildungspolitisch unsinnigen Studiengebühren diese Studierenden direkter und härter.

Studierende müssen sich aber frei von finanziellen Sorgen voll auf ihr Studium konzentrieren können. Nur mit steigenden Freibeträgen bekommen wir Familien in die Förderung, die derzeit obwohl sie einen objektiven Bedarf haben an den Einkommensgrenzen scheitern.